

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Reichsdruckerei Dresden
Verlagsnummer: 245
Preis: 10 Pf.

Verlagsnummer: 245
Preis: 10 Pf.

Druckerei: Reichsdruckerei Dresden
Verlagsnummer: 245
Preis: 10 Pf.

Tributgespräche zwischen Paris und London

Englands Optimismus - Einlenken Frankreichs?

London, 26. Mai. Der Pariser Korrespondent der Times meldet, daß zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen und der Nachzahlung der durch das Hoover-Moratorium gestundeten Annuitäten im Gange seien. Von sehr zuverlässiger Seite verlautet, daß demnächst eine Vereinbarung abgeschlossen werden dürfte, die wahrscheinlich mit der bevorstehenden Vereinbarung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten übereinstimmen werde.

In ein paar Wochen die Staatsmänner Europas zusammenzutreten würden, um Entscheidungen von größter Wichtigkeit zu treffen. Deutlich ist, daß ein Land allein nicht mehr hoffen kann, daß es von den Schwierigkeiten, von denen sein Nachbar heimgefallen werde, unberührt bleibe. Der Druck der Umstände verlange sofortige tatkräftige Maßnahmen. Halbe Maßnahmen und schwächliche Kompromisse hätten keinen Zweck mehr. Man müsse hoffen, daß die richtigen Maßnahmen gefunden würden, um die Welt aus der Depression herauszuführen.

Staatssekretär Dr. Weiskner wieder in Berlin

Hindenburg wünscht Abänderung der Notverordnung
Berlin, 26. Mai. Staatssekretär Dr. Weiskner ist heute vormittag aus Neudorf nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er den Reichspräsidenten über die Grundzüge der neuen Notverordnung eingehend unterrichtet hat. Irrendenweiliche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Englands Waffenlieferungen an Japan und China

London, 26. Mai. Wie auf eine Anfrage im Unterhaus amtlich mitgeteilt wurde, stellen sich die englischen Waffen- und Munitionsausfuhr nach Japan und China in den Monaten Februar, März und April wie folgt: An Japan 240 Feldgeschütze und Maschinengewehre, sechs Millionen Maschinengewehrpatronen; an China 25 Maschinengewehre und 505 000 Maschinengewehrpatronen und 500 000 Gewehrpatronen.

Staatssekretär Weiskner hat nach seiner Rückkehr aus Neudorf dem Reichskanzler über seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten eingehend Bericht erstattet.

In unterrichteten Kreisen wird es für möglich gehalten, daß auf Grund besonderer Wünsche des Reichspräsidenten die geplante Notverordnung in einigen Punkten noch eine Änderung erfahren dürfte.

„Der Schlüssel liegt in Washington“

Paris, 26. Mai. Der „Temps“ nimmt gegen die Haltung der englischen Presse in der Tributfrage Stellung und bedauert es, daß es vor der Lausanner Konferenz nicht möglich sei, zwischen der englischen und französischen Auffassung eine Einigung zu erzielen, um den deutschen Forderungen eine gemeinsame Front gegenüberstellen zu können.

Die Unterfuchung der Landtagszwischenfälle

Keine strafrechtliche Verfolgung

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 26. Mai. Der Präsident des Preussischen Landtages, Herr, erklärte einem Vertreter des Nachrichtenbüros des V.D., auf die Frage, ob und welche strafrechtliche Verfolgung der Ordnungsmäßigen Folgerungen aus dem Zusammenstoß im Landtagsplenum am Mittwoch geordnet werden würden, daß hierüber zur Zeit noch nichts erklärt werden könne. Er werde später veranlassen, daß auf keinen Fall in Zukunft vor der Niederschreibung sich abermals Abgeordnete zusammenballen dürften. Die Abgeordneten sollten ermahnt werden, innerhalb der Bänke zu bleiben.

Es wird jedoch erklärt, daß derartige Änderungen nicht auf irrendenweiliche Schwierigkeiten innerhalb des Kabinetts führen würden. Was die sonst mit der Notverordnung noch zusammenhängenden Fragen personeller Art angeht, so sind die Entscheidungen hierüber erst nach dem Vortrag zu erwarten, den der Reichskanzler bekanntlich am Sonntag dem Reichspräsidenten v. Hindenburg nach dessen Rückkehr nach Berlin erstatten soll.

Der Korrespondent glaubt feststellen zu können, daß Frankreich jetzt durchaus bereit sein würde, auch auf den letzten Pfennig aus Reparationen zu verzichten, falls die Gewissheit einer allgemeinen Annulierung der Kriegsschulden bestünde. Es sei deshalb kaum zweifelhaft, daß die jetzt mit den Vereinigten Staaten im Gange befindlichen Verhandlungen im wesentlichen technischen Charakter hätten.

Die gegenwärtigen Ordnungsbestimmungen verschärft werden müßten, darüber werde erst nach dem Besuchen mit dem Reichskanzler die Entscheidung fallen können.

Am heutigen Vormittag weilten einige höhere Beamte der Berliner Polizei im Landtagsgebäude, um sich den Schauplatz der Tat anzusehen. Der Präsident äußerte die Ansicht, daß die höheren Polizeiführer dem Haupte lediglich einen privaten Besuch abgestattet hätten, was ihnen natürlich nicht verwehrt werden könne.

Vom allgemeinen Standpunkt aus und im Interesse einer Verständigung Europas, wäre die endgültige Abschaffung der Reparationen sicherlich nur zu begrüßen. Diese Lösung ist jedoch nur möglich, wenn sie parallel zur Streichung der interalliierten Schulden an Amerika laufe. Der Schlüssel liege also in Washington.

Vor Beginn der Kellertersitzung am Mittwochabend hatten vor dem Beratungsausschuß des Reichstages Nationalsozialisten einen Kriminalbeamten wegen Verstoßes gegen die Ordnungsmäßigkeit angeklagt, der sich dort über die Meinung nach widerrechtlich aufgehalten hätte. Der Landtagspräsident hat über diesen Vorfall eine Auskunft vom Polizeipräsidenten erbeten. Im Polizeipräsidenten wird erklärt, daß der betreffende Beamte nur Beobachtungen, den Polizeipräsidenten Organe zu schützen, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in Vertretung des bei den Zusammenstößen erheblich verletzten sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgensen an den Verhandlungen des

Kellertersitzung teilnahm. Dadurch, daß der Kriminalbeamte abgedrängt worden sei, sei das Abgeordnetenrecht des Polizeipräsidenten verletzt worden.

Im übrigen sind bereits am Donnerstagmorgen alle Spuren des schweren Zusammenstoßes aus dem Sitzungssaal beseitigt worden.

und es sei keinerlei Aussicht dafür vorhanden, daß Amerika auf die Schuldengattungen verzichte. Selbst der Vorschlag, die Reparationen unter der Bedingung abzuschließen, daß Deutschland eine letzte Zahlung in Höhe von etwa fünf Milliarden Goldmark leiste, habe keinerlei Aussicht, angenommen zu werden, da Reichskanzler Brüning bereits öffentlich gegen jede Wiederaufnahme der Verhandlungen Stellung genommen habe. Eine solche Lösung würde außerdem die Frage der interalliierten Schulden vollkommen offen lassen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei die vernünftigste Lösung die, das Moratorium so lange zu verlängern, bis die Möglichkeit gegeben sei, auf vernünftiger Grundlage mit der Washingtoner Regierung die gesamte Schuldfrage zu besprechen. Es sei jedoch mehr als zweifelhaft, daß die Reichsregierung unter dem Druck der Reichstagsmehrheit ein solches Provisorium annehme.

Vorecht keine Verhandlungen

Berlin, 26. Mai. Die für heute ursprünglich vorgesehene erste Sitzungsnahme zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ist verschoben worden. Die Verhandlungen werden jedoch bald aufgenommen werden. Den gegenwärtigen Augenblick nach der gestrigen Saalklacht im Landtag hält man nicht für sehr geeignet.

England soll auf seinen Reparationsanteil verzichten

London, 26. Mai. In einem längeren Artikel über Poulantze erklärt „Financial Review“, daß die englische Regierung es in der Hand habe, einen Zusammenbruch der Konferenz, der jetzt schon beinahe von jedermann vorausgesehen werde, zu verhindern, wenn sie ihre amtlich mehrfachen ausgedehnten Politik der völligen Streichung der Reparationen und Kriegsschulden durchführe. Zunächst einmal sei es dann möglich, daß Frankreich und die anderen Länder sich einigten, eine Endsumme zur Ablösung der Reparationen festzusetzen und daß Deutschland diesen Vorschlag annehmen würde. Es würde sich vielleicht um 3 Milliarden Mark handeln, die nach einer Erholungsperiode in Raten zahlbar seien, wobei Deutschland das Recht habe, die Zahlungen zu beschleunigen.

Ruhige Beurteilung in der Parteipresse

Die Schuld eindeutig bei den Kommunisten

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 26. Mai. Die gestrigen Vorfälle im Preussischen Landtag haben in der Berliner Presse ein bemerkenswert ruhiges Echo. Einige sind sich natürlich alle Blätter darin, daß die Saalklacht einen höchst unerfreulichen Beitrag der Zeitgeschichte darstellt. Da aber die Kommunisten einwandfrei als Angreifer festgestelt sind, wegen die demokratischen Blätter kaum, die Schuld den Nationalsozialisten Hundertprozentig zuschreiben. Lediglich der „Vorwärts“ tritt heute offen auf die Seite der verprügelten Kommunisten und versucht, die eindeutig klargestellte Schuldfrage künstlich zu verdrängen.

Das Blatt wagt es so darzustellen, als ob es sich um „ungeheuerer Provokationen der Nationalsozialisten“ gehandelt habe. Unmöglich des kommunistischen Verhaltens glaubt es feststellen zu dürfen, daß diese „nicht ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Dinge gewiesen seien“. Die Nationalsozialisten hätten es aber von vornherein auf Provokationen angelegt. Beim Lesen solcher Sätze muß man sich denn doch an den Kopf greifen, wenn man die Vorgänge als Augenzeuge miterlebt hat. Von einer „Mitschuld der Kommunisten“ zu reden, ist eine so unehrliche Verdrängung des wirklichen Tatbestandes, daß es beinahe lächerlich, als ob hier die Einheitsfront der marxistischen Linien bereits wölkchen ist.

Wenn aber die verschiedenen Länder nicht mit einem Lösungsvorschlag vor Amerika hinträten könnten, so solle England erklären, daß es ein für allemal auf seinen Anteil an den Reparationen und allen Kriegsschuldensatzungen von solchen Ländern verzichte, die ihrerseits ihre Reparationsansprüche aufgeben.

manifester in den Vordergrund stellt. „Vorwärts“ und „F.Z.“ verfolgen offenbar die Absicht, den neuen Preussischen Landtag durch dauernde Wechselschuldungsmaßnahmen zu erschüttern.

Um so bemerkenswerter ist deshalb die ruhige Betrachtungsweise, deren sich die seit ihrem Reaktionswechsel dem rechten Flügel des Zentrums nahegehende „Germania“ beilehnt.

Italien würde sich voraussichtlich ganz dem englischen Vorgehen anschließen. Wenn Frankreich dann zu einem besonderen Abkommen mit Deutschland über weitere Reparationszahlungen komme, so könnte dies England nur recht sein. Es könne dann über eine Revision des englisch-französischen Schuldenabkommens zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden. Es müßte ein rascher Schritt gegenüber Amerika erfolgen, wobei England durch Verhandlungen zu einer Revision des englisch-amerikanischen Schuldenabkommens unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse kommen müßte.

Das Blatt wendet sich zunächst gegen die Sozialdemokraten und stellt ihnen gegenüber fest, daß die Nationalsozialisten bei der Präsidentenwahl den parlamentarischen Brauch konsequenter innegehalten hätten als die Angehörigen der SPD. Auch die Neuerungen zur Saalklacht selbst sind bemerkenswert ruhig und objektiv. Das Blatt bezieht sich mit folgenden Sätzen: „Bei vielen aber wird der Glaube, daß dieser Landtag sich doch zu sachlicher objektiver Arbeit aufraffen werde, durch den gemäßigten Abschied der gestrigen Sitzung einen schweren Stoß erlitten haben. Man kann nur wünschen, daß sich derartige Szenen, wie sie der Landtag gestern erlebte, als eine unheilvolle Nachwirkung der Wahlkampfstimmung erweisen und für alle Zukunft unbedingt Epochen bleiben.“ Wenn in diesen Worten die Stellung der Zentrumspartei für die gestrigen Vorfälle zum Ausdruck kommt, dann liegt es so aus, als ob durch die Saalklacht

die Haken, die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in der Frage der Regierungsabwicklung bereits angeknüpft worden sind, nicht als zerfallenen gelten können.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht davon, daß die blutigen Schändel der Herren Volksvertreter gewissermaßen

Freiherr von Neurath über Lausanne

London, 26. Mai. Der deutsche Botschafter Freiherr von Neurath war am Mittwochabend der Ehrenhaft der Goldschmiedgilde. In seiner Rede wies er darauf hin, daß

Einmal vorstellig, wenn auch in der Tendenz in derselben Richtung liegend, ist der Kommentar des „F.Z.“, daß ebenfalls über die angegriffenen Nationalsozialisten herfällt und konsequenterweise seine Sympathien für die Kom-